

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 224.

Mittwoch, den 25. September 1907.

14. Jahrg.

## Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

### Der Parteitag in Essen.

P. L. Es ist unbestreitbar, daß der sozialdemokratische Parteitag, der in der verflochtenen Woche in dem zwiesfachen schwarzen Ruhrrevier abgehalten wurde, fleißige und fruchtbare Arbeit geleistet hat. Sachlich und ruhig, aber dennoch in interessanter Weise wurden die Debatten geführt; fast jede unnötige Schärfe gegen Parteigenossen mit abweichenden Ansichten wurde vermieden. Ganz besonders pöbelhaft benimmt sich dabei unser Amtsblatt; das entspricht allerdings nur seinen sonstigen unanständigen Gepflogenheiten, auf die wir hier nicht weiter eingehen brauchen.

Der Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes zeigte ein erfreuliches Wachstum unserer Bewegung; die Zahl der organisierten Genossen, sowie der Abonnentenstand der Parteipresse haben einen so glänzenden Aufschwung genommen, wie kaum je zuvor. Auch ein Beweis dafür, daß wir „niedergelassen“ sind!

Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es über die Rede Noskes zum Militäretat, die wegen der zweifellos nicht sehr glücklichen Wendung, daß im Falle eines Angriffskrieges gegen Deutschland auch die Sozialdemokraten die Flinte auf den Buckel nehmen würden, um das Vaterland zu verteidigen, das Mißfallen einiger Parteiblätter erregt hatte. Es war in diesem Satz nicht genügend präzisiert worden, was die Sozialdemokratie unter Angriffskrieg versteht. Nachdem jedoch Noske auf dem Parteitag ausdrücklich erklärt hatte, daß er genau auf dem gleichen Standpunkte stehe, den bisher auch Bebel widerstandslos im Reichstage vertreten habe, war es u. E. völlig überflüssig, noch einen langen Streit um Worte anzuführen. Es kommt doch schließlich in erster Linie darauf an, welchen Sinn die Ausführungen Noskes nach dessen Meinung in Wirklichkeit haben sollten. Immerhin gab die Debatte Anlaß zu einer treffenden Beleuchtung des bürgerlichen „Patriotismus“, der fast ausschließlich im kapitalistischen Interesse wurzelt.

Der Bericht Singers vom Internationalen Arbeiterkongress in Stuttgart rief eine längere Diskussion hervor, die das erfreuliche Resultat zeitigte, daß sich sämtliche Delegierten auf den Boden der Stuttgarter Beschlüsse stellten, die im wesentlichen der auf dem Mainzer Parteitage gefaßten Resolution entsprechen. Die Hoffnung bürgerlicher Politiker, die glaubten, nach dem Internationalen Kongress würde in der Frage der Kolonialpolitik eine Spaltung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie eintreten, sind elendiglich zu Wasser geworden. Und das ist gut so!

Son nicht zu unterschätzender Bedeutung war die Debatte über die Stichwahlparole bei Wahlen, in denen zwischen zwei bürgerlichen Gegnern zu entscheiden ist. Von verschiedenen Seiten war der Antrag gestellt, unter keinen Umständen dem Freisinn Hilfe zu leisten. Man kann es gewiß verstehen, wenn in weiten Kreisen der Genossen der größte Widerwille gegen die angeblich Liberalen herrscht, die sich bei den letzten Reichstagswahlen als die schlimmsten Schleppenträger der Reaktion entpuppt haben. Taktisch verkehrt wäre es jedoch gewesen, im Zorn über diese schwächliche Haltung des Freisinn unserer Partei in ihren Maßnahmen bei Stichwahlen Fesseln anzulegen. So wurden denn auch die bezüglichen Anträge gegen eine erhebliche Minderheit abgelehnt.

Der Beschluß des Parteitages betr. Einrichtung eines Nachrichtenbureaus für die Parteipresse ist durchaus zu begrüßen und dürfte nicht unwesentlich zur Verbesserung des Nachrichtendienstes namentlich der kleineren Parteipresse beitragen. Auch die Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher für die Parteigenossen Deutschlands stellt u. E. einen Fortschritt dar, der sowohl für die Partei als auch für die Mitglieder derselben von nicht zu unterschätzendem Nutzen sein wird.

Den Höhepunkt der Essener Tagung bildete zweifellos das Referat Bebels über die verflochtenen Reichstagswahlen und die sich daran anschließende Aussprache. In glänzender Weise schilderte Bebel die politische Situation, aus welcher heraus die Auflösung des Reichstages geboren wurde zur Rettung der Stellung Bülow's. Auch die ganz niederträchtige Manier, in welcher unsere Gegner die Sozialdemokratie beschimpft und verleumdet haben, wurde an den Pranger gestellt. Aus der ganzen Rede klang nichts von der Nutzlosigkeit der „Niedergelassenen“ sondern nur das brennende Verlangen heraus, die erhaltene Scharte wieder auszuweihen. Und das wird und muß geschehen. Dafür bürgt die Begeisterung, die innerhalb der Partei herrscht. Man suchte verständigerweise in Essen

nicht nach Sündenböcken für den Mißerfolg des 25. Januar, sondern es wurde anerkannt, daß im allgemeinen jeder wirkliche Parteigenosse seine Pflicht getan hat.

Die Alkoholfrage, mit der sich die bürgerlichen Parteien überhaupt noch nie auf ihren Vertretertagen beschäftigt haben, erfuhr eine gründliche Erörterung. Das ausgezeichnete Referat Wurms — das als Broschüre erscheinen soll — legt mit einwandfreier Deutlichkeit klar, daß es nicht genügt, nur auf die Schädlichkeit des Alkoholenusses hinzuweisen, sondern daß man vor allen Dingen die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen, welche vielfach den Menschen zum Trunk verleiten, bekämpfen soll. Das geschieht jedoch von den bürgerlichen Abstinenzern nicht und deshalb darf auch kein Arbeiter sich bürgerlichen Abstinenzvereinen anschließen. Im übrigen meinte Genosse Wurms — ohne Widerspruch zu finden —, daß es für einen gut genährten Mann durchaus nicht immer schädlich ist, wenn er einmal ein Glas Bier trinkt; ein Verbrechen sei es aber, den Kindern Alkohol zu verabreichen.

Die Maisfeierdebatte endigte mit der Bestätigung der bisher bestehenden Beschlüsse, nachdem vom Vorstand die Mitteilung gemacht worden war, daß mit der Generalkommission Unterhandlungen über die Regelung der Unterstützungsfrage schweben. Es wurden jedoch bereits Stimmen laut, die eine Änderung in der Form der Maisfeier wünschten. In Nürnberg wird man sich im nächsten Jahre mit der Sache weiter zu beschäftigen haben.

Das Ergebnis des Essener Parteitages ist durchaus erfreulich für unsere Bewegung. Zeigte sich doch in der Behandlung aller Fragen eine Einheitslichkeit des Willens, die keinen Zweifel in der endgültigen Lösung der Aufgaben der Sozialdemokratie aufkommen läßt. Der Wille zum Sieg des Proletariats über den Kapitalismus ist bei allen Parteigenossen vorhanden, und deshalb wird und muß es vorwärts gehen, trotz aller Machinationen der Gegner.

### Ein Dorado der freien Liebe.

Die „erbaulichen“ Bilder über das Liebesleben (nur mit Widerstreben gebrauchen wir das Wort „Liebe“) deutscher Kulturpioniere in den afrikanischen Kolonien, welche die Peters-Affären enthüllt haben, sind in den Verhandlungen des Prozesses Koerens-Schmidt durch eine stattliche Serie vermehrt worden. Diese Kolonien erwiesen sich als ein wahres Dorado für die „freie Liebe“, womit man bekanntlich in allen Wahlbewegungen den Philistern und Philisterrinnen vor der Sozialdemokratie grüßeln macht.

Die „freie Liebe“ der Repräsentanten des „Reiches der Göttersucht und frommen Sitte“ im schwarzen Erdteil geht aber noch weit hinaus über das, was man gewöhnlich darunter versteht; sie greift auch nach unreifem Obst, was nach den heimischen Gesetzen mit schweren Strafen geahndet wird. Sind die einschlägigen Paragraphen für unsere Kolonien suspendiert? Man könnte es fast glauben, nachdem aus besagtem Prozeß bekannt geworden, daß sogar ein Oberrichter sich ein junges Mädchen hielt, angeblich um Sprachstudien zu betreiben, in Wirklichkeit als Konkubine. Er wurde bestraft, aber nur disziplinarisch, wegen falschen amtlichen Berichts!

Seltzam: im Mutterlande werden subalterne Beamte, die in bezug auf Weiblichkeit sich ein unkorrektes Verhalten zu schulden kommen lassen, „wegen moralischer Unbrauchbarkeit“, wie der Terminus lautet, des Amtes enthoben. In den Kolonien dagegen ist das Konkubinenwesen und sogar die Haremswirtschaft, das Konkubinat im Plural, an der Tagesordnung und braucht das volle Tageslicht gar nicht zu scheuen, die „jüden Mädel“ begleiten sogar ihren Don Juan auf Reisen, auf Amtsfreisen! — Im Mutterland werden Eltern, die in ihrer Wohnung den Verkehr von Brautleuten dulden, wegen Kuppelei streng bestraft; oft sogar ist die Justiz so rigoros, die Strafe auch dann zu verhängen, wenn den Eltern nicht einmal das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit der Intimitäten nachgewiesen werden konnte! — Im Mutterlande wird mit der Ler-Heinze-Moral Kunst, Literatur und Schauspiel vergiert, Polizei und Justiz wettkampfen im Verfolgen alles fernuell Anstößigen resp. anstößig sein sollenden! — Im Mutterlande Mücken seigen — und gegenüber dem Tochterland Kamele schlucken!

Daß diese Dinge der gottesfürchtigen und jugendjamen Reichsleitung verborgen geblieben seien, wird der Naivste schwer glauben können. Auch daß sie sich außer Stande fühlte, durch strenge Maßnahmen sie bei ihren Beamten zu inhibieren oder doch einzudämmen, wird man kaum behaupten können. Wie erklärt sich nun aber die merkwürdige Toleranz? Darüber mag man sich keine Gedanken machen! Die Kolonial-

brutalität, die man sonst gern der Wirkung des „Tropenkollers“ zuschreibt, ist nicht ohne Zusammenhang mit diesen Dingen. Wollust und Brutalität gehen häufig Hand in Hand. Wer seine sinnlichen Triebe nicht beherrscht und ihnen ungeniert die Zügel schießen lassen kann, der wird auch seiner Gewalttätigkeit keinen Zaum und keinen Zügel anlegen. Wer gewohnt ist, das Weib als Objekt seiner Gelüste zu mißbrauchen, mißbraucht leicht auch die seiner Gewalt unterstellten Personen zu seinen Zwecken und mißhandelt die Widerstrebenden. Aberhaupt zerstört die zügellose Ausschweifung die besseren Neigungen und Gesinnungen, die humanen Empfindungen, und erzeugt Gefühllosigkeit gegen die Leiden anderer — ebenso wie die Habgucht. Die Roues aller Zeiten auf Thronen und im Bürgerkleid, waren in der Regel herzlose Unmenschen, die sich freilich mitunter als Übermenschen spreizten, wie manche Kolonialbestie.

Die Kolonialbrutalität sieht auch oft direkt im Dienste der Kolonialmollat. Auch manches schwarze Frauenzimmer ist dem Volkstüftling erst durch Anwendung roher Züchtigung gefügig. Auch im Prozeß Koerens-Schmidt war von einem Fall die Rede, daß zwei junge Mädchen mittels der Peitsche zur Duldung der Notzucht gezwungen wurden.

Was sagen dann aber die Kolonialschwärmer dazu, die von der Verbreitung höherer Kultur in Afrika fasziniert sind? Welche hohe Meinung müssen die Eingeborenen von der Kultur erhalten, die ihnen beigebracht werden soll! Wie empfänglich werden sie sein für die sittlichen Grundsätze, die ihnen die Missionare predigen, wenn die weltlichen Komplizen dieser Pioniere des Christentums auf diese Grundsätze pfeifen! Ja, wenn diese Missionare, wie aus dem Prozeß geschlossen werden muß, zu besagten Schandtaten das Auge zudrücken, oder doch nicht alles anbieten, daß gegen solche Dinge von der deutschen Heimat aus energisch eingeschritten wird!

Doch was fragt die Kolonialpolitik nach der Kultur in Afrika? Das ist doch bloß das ideale Aushängeschild, das Feigenblatt für die kapitalistischen Expansionsgier. Nicht die Eingeborenen kultivieren will man, sondern ihr Land annektieren und sie selber ausbeuten!

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

**Rücktritt des Herrn v. Stengel!**  
Wie die „Dortmunder Zeitung“ meldet, soll der Staatssekretär des Reichsschatzamt, Frhr. v. Stengel, noch vor dem 15. Oktober seinen Abschied nehmen. Der Rücktritt des Staatssekretärs soll derselben Quelle zufolge mit dem Blockkurs der Regierung in Verbindung zu bringen sein, da die Beziehungen des Frhr. v. Stengel zum Zentrum nach wie vor dieselben geblieben sind. Als Nachfolger des derzeitigen Schatzsekretärs nennt die „Dortmunder Zeitung“ den Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd Wiegand, dessen kürzlicher Besuch beim Reichskanzler dadurch seine Erklärung findet.

**Vom liberalen Frochmäuserkrieg.**  
Die Landesversammlung der jungliberalen Vereine des rechtsrheinischen Bayern, welche in Würzburg tagte, hat mit 69 gegen 57 Stimmen nach mehrstündiger, teilweise ziemlich erregter Debatte den Antrag auf Beitritt zum Reichsverband der nationalliberalen Jugend abgelehnt. Sie hat damit gleichfalls bekundet, daß sie eine Grenzlinie zwischen den norddeutschen und süddeutschen Jungliberalen will.

**Teure Zeiten.**  
Die hohen Fleischpreise sollen wir augenscheinlich behalten. Am meisten getroffen werden natürlich die ärmeren Kreise. Ein Arbeiter, der eine starke Familie besitzt, kann heute nicht einmal des Sonntags ein ausreichendes Stück gutes Fleisch kaufen, wenn er nicht einen so beträchtlichen Teil des Wochenlohnes daran geben will, daß an einem anderen Ort eine Lücke entsteht. Das ist nicht übertrieben. Natürlich leiden nicht alle ärmeren Kreise gleichmäßig; es sind auch nicht nur Arbeiter, die den hohen Preis empfinden. Viele Mittelstandsschichten sind ebenso übel daran.

Nun sagt man zwar stets, und auch in den letzten Tagen ist das wieder mehrfach geschehen, daß ja auch die Löhne erheblich in den letzten Jahren gestiegen seien. Das soll nicht bestritten werden, aber man darf diese Steigerung nicht überschätzen, und man soll sie nicht verallgemeinern. Tatsache ist, daß alle Lebensgegenstände, die zur Lebenshaltung notwendig sind — mit einigen Ausnahmen, zum Beispiel Zucker — in den letzten Jahren im Preise heraufgegangen sind. Dieselbe Erscheinung sehen wir jedoch nicht bei den Löhnen. Gerade in jenen Erwerbsarten, die ohnehin die geringsten

Löhne zahlen, sind sie im allgemeinen nicht gestiegen. So in gewissen Zweigen der Textilindustrie, der Wäschekonfektion, der Spielwarenerzeugung; überhaupt vorwiegend in den hausindustriellen Arbeitszweigen. Von ihnen leben aber Hunderttausende deutscher Familien. Von diesen Löhnen spricht man heute weniger als von jenen in den Berufen mit starken Arbeiterorganisationen, wie zum Beispiel in der Metallindustrie, in den Bau- und Holzarbeitergewerben. Aber auch diese Arbeiterkreise, der kleine Handwerksmeister, der Unterbeamte mit starker Familie und jener hausindustrielle Arbeiter empfinden es denn doch als eine starke Beeinträchtigung ihrer Ernährung, wenn sie auf die Dauer für das Pfund Fleisch 15 bis 20 Pfennig mehr bezahlen sollen, und wenn ein Sechspfundsbrötchen statt 60 Pfennig 75 bis 80 Pfennig kostet, wenn das Liter Milch um einige Pfennige im Preise steigt, ein frisches Ei nicht unter 7 Pfennig im Sommer zu haben ist, wenn Seife, Stiefel, Wäsche, Kleidung und nicht zuletzt auch die kleinen Wohnungen, wenn sie hygienischen Ansprüchen genügen, teurer werden.

Man soll also das öffentliche Urteil über die Wirkung der allgemeinen Teuerung nicht dadurch irre führen, daß man auf die Steigerung der Einkommen verweist. Wie wir kurz andeuteten, hat man diesen Hinweis sehr einzuführen. Tatsache ist, daß die Teuerung und nicht zuletzt die ständige Hochhaltung der Fleischpreise auf die Volksernährung von bedenklichem Einfluß sind. Dabei hatten wir in den letzten Jahren — merkwürdigerweise könnte man ja sagen — noch immer sehr günstige Erwerbsverhältnisse. Trifft eine industrielle Krise ein, so trifft unter den fallenden Löhnen und der steigenden Arbeitslosigkeit die Teuerung die breite Masse mit voller Wucht.

Eine humane Sozialpolitik kann daher von der Forderung nicht ablassen, daß, wenn man schlechte Ernten ertragen muß, so aber doch wenigstens keine Politik getrieben werden soll, welche, wie die agrarische Zöllner- und Liebesgabenpolitik in Deutschland, notwendige Gegenstände des täglichen Gebrauchs gerade für die ärmsten Volksschichten ungebührlich verteuert.

### Prozess Koerens-Schmidt.

Die Verhandlungen des Prozesses vor dem Schöffengericht Köln wurden am Sonnabend nach fünfjähriger Dauer zu Ende geführt. Die Anwälte Koerens plädierten für eine angemessene Strafe wegen schwerer Beleidigung Koerens und erkannten dem Beklagten den Schutz des § 193 nicht zu. Der Verteidiger Schmidt plädierte auf Freisprechung. Wenn das Gericht dem Angeklagten den Schutz des § 193 zubilligt, dann könne es auch über Freisprüche in der Form hinwegkommen. Es handle sich für den Angeklagten um Ehre und Erziehung. Der Angeklagte bestritt zum Schluß nochmals die Absicht jeder persönlichen Beleidigung. Der Vorsitzende legte die Urteilsverkündung auf den 28. September, 3½ Uhr nachmittags, fest.

### Reichskanzler oder Großvezier?

Ein Vertrauter des Fürsten Hohenzollern, Herr H. Hecker, erzählt im „Küner“ mancherlei Anecdotten über die Umstände, unter denen sich vor sieben Jahren die Abkündigung des alten Reichskanzlers, Eitelwigs v. Hohenzollern, vollzog. Danach war schon zur Zeit des Chinakrieges eine Art von Sperrung über Onkel Eitelwigs verhängt. Am 10. Oktober, als Hecker ihn besuchte, dachte Fürst Hohenzollern noch nicht an den Rücktritt, am 18. Oktober war der Kanzlerwechsel vollzogen. Als der Fürst nach mehreren Wochen von seiner Reise nach Homburg, Baden und Schillingsfürst nach Berlin zurückgekehrt war, erteilte sich Hecker noch eine Unterredung. Eitelwigs erklärte Hecker, wie man hier und da in Berliner Sozialdemokratischen Kreisen die Geschichte erkläre: Bismarck sei des langen Wartens auf den Reichskanzlerposten müde geworden und habe gesagt: „Sitzt oder nie!“ Der Fürst erwiderte: „Bismarck selbst jagt mir, er hätte gewünscht, ich wäre den Winter über noch im Amt geblieben, und ich glaube, das war ausdrücklich gemeint.“ Folgt gab Hohenzollern doch zu:

„Die Gründe für mein Entschließen lagen in der ganzen Situation, das war des Reichskanzlers ist ohnehin schon schwer, aber wenn man nicht einmal mehr in die Geheimnisse der Politik eingeweiht wird und doch die Verantwortung für alles tragen soll...“

Erzählt Bismarck aber von an Herrn Hel. So erden, so beginnen deutsche Reichskanzler, vorwiegend Ministerpräsidenten! Warum ist es mit dem Namen Hohenzollern, die der Sprache Eitelwigs entgegen sind, und dem Begriff nicht decken? Er hat Großvezier, wie die Araber, so sollten sie auch heißen!

### Bürgerliche Artikel über den Bremer Parteitag.

Der hiesige Artikel des Bremer Parteitages hat den bürgerlichen Zeitungslesern nicht geringe Verlegenheit bereitet. Da es geräht wird, in der Sozialdemokratie immer klarer „Nichtungen“ zu sein, von deren Anzahl sie eine Darstellung der gesamten Partei erwarten, wissen sie mit dem einseitigen Bild, das der Parteitag hat, nichts Rechtes anzufangen und kommen zum Schluß: Der Parteitag hat die eigene Phantasie, in dem sie je nach Wunsch das Hiesige oder das Fremde der Partei „Republikanismus“ oder den „Republikanismus“ legen kann. Aber in der Wirklichkeit ist es nicht so einfach zu sagen, was eigentlich behindert wird, und so kommt es, daß die „Republikanische Allgemeine Zeitung“ in der ersten Spalte ihrer Wochennummer den „Republikanismus“ gegen sich hat, während auf der zweiten der „Republikanismus“ zum Ausdruck kam. In Spalte 1 behauptet der verordnete Parteitag:

„Die unruhige Welt hat eine Reihe von Gewinnen nicht nur bei der Gründung der sozialistischen Partei gemacht, ganz abgesehen davon, daß von den Marxisten Ideen kaum eines noch ernsthaft gewürdigt wurde. Die Partei ist liberal-republikanisch geworden.“

Wenn in der Welt nicht über die Verhältnisse der Welt ganz neue Erkenntnisse haben. Er können also nicht, nicht nach links und kommt auf Spalte 2 glückselig zu:

„Wenn hier sich alle der Bremer Parteitag auf den Boden der Republikanischen Lager gestellt und jede Kon-

zession an den Revisionismus wiederum abgelehnt; er hat sich damit wiederum zur Bekämpfung der bürgerlichen Gesellschaft bekannt. Demgegenüber ist es bedauerlich, daß liberale Männer noch immer den schwächlichen Versuch machen, sich mit der Sozialdemokratie... usw.“

Man merkt jetzt, wo es hinausgeht. Man braucht das rote Gespenst, um die furchtsamen Kindlein zum Block zurückzuführen. Der Altgeselle des Jungliberalismus spricht das auch im „Tag“ offen aus:

„Es werden gute Menschen und schlechte Musikanten gesucht, die sich mit der Sozialdemokratie einlassen, sobald diese ein ganz klein wenig salonfähig ist... und das Bürgertum nicht ununterbrochen verlernt. Man braucht diese guten Menschen, damit sie sich wieder mit Mauseküllungen tragen und der Sozialdemokratie das Mitleidertum zuführen, damit sie das Bürgertum schwach machen und die Gemeinbürgerschaft von Graf Kanitz bis Wayer sprengen.“

Also ein ruchlos-hinterlistiges Attentat auf die heilige Gemeinbürgerschaft von Kanitz bis Wayer ist der Parteitag gewesen. Jetzt weiß man's also genau! Und die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ stimmt dem offenbar zu, sie hält den ruhigen Verlauf des Parteitages — man denke bloß! — „für beabsichtigt“, und sie erklärt in Dertels schwungreicher Bildsprache, es wäre „förmlich“, wenn man nur einen Augenblick glauben wollte, daß die Sozialdemokratie sich auf einem absteigenden Ast in der Wellenlinie ihrer Entwicklung befände.“ Auf diesem Ast können wir zwar Herrn Dertel nicht folgen, aber in der Sache hat er recht. „Die Gefahr ist so groß“, schreibt er an einer anderen Stelle, „daß man ihr gegenüber die Politik des Vogel Strauß nicht mehr treiben kann.“ Er zieht also seinen Kopf aus dem Sande und fordert eine Verständigung der deutschen einzelstaatlichen Regierungen auf der Grundlage, daß sich die Sozialdemokratie „selbst außerhalb der Verfassung“ stelle und als „außerhalb der Verfassung stehend“ zu behandeln sei. Was dieses Geschwätz heißen soll, haben wir ihn schon oft gefragt, er hat aber nie darauf geantwortet.

Sehr drollig führt sich die „Freisinnige Zeitung“ auf. Sie widmet den größten Teil ihrer Ausführungen der nichtgeführten Debatte über das Nachrichtenbureau; sie hat sich von dieser den schönsten Krakeel erwartet und schimpft in ingrimmiger Enttäuschung, daß ihr dieses Vergnügen entgangen ist. Acht Tage, nachdem ihr eigener Parteitag über die wichtigsten allgemeinen Fragen hinter verschlossenen Türen verhandelt hat, magt sie von „Romödie“ zu reden, weil eine Frage des inneren Zeitungsbetriebs in einer Kommission erledigt wurde. Dabei übersieht sie, daß die Debatte über das Nachrichtenbureau regelrecht eröffnet worden ist, daß also jedem, der Lust zu reden hatte, die Gelegenheit dazu geboten war.

Kurz und gut: die bürgerliche Presse wünscht keinen Parteitag mehr zu erleben wie den von Essen. Und das ist das beste Zeugnis, das sie ihm schreiben konnte!

### Heil dir, Germania!

Das Deutsche Reich hat wieder einmal einen großen Sieg errungen, der seinen Namen bekannt machen wird auf dem ganzen Erdenrund, von den Samojeben des Eisgebirges bis zu den Kanaken im indischen Archipel. Der Eisberg der Polizei — ihr gebührt das Verdienst an der geschichtlichen Tat — hat am Sonnabend zwei und zwanzig polnische Dienstmädchen als lästige Ausländer ausgewiesen.

Noch wissen wir nicht, welche schweren Vergehens die polnischen Mädchen bezichtigt oder überführt sind, aber wir zweifeln nicht, daß sie ganz ausgemachte Sünder und gefährliche Rager an des Reiches sicheren Grundlagen gewesen sein müssen, die der Strahl des großen Bannes getroffen. Vielleicht haben sie deutsche Soldaten geliebt und dadurch die Sicherheit des Kriegsheeres untergraben, vielleicht haben sie gar ihre Soldatenwürst in polnische Zeitungen gewickelt oder einen Dienstmädchenverein gegründet, vor dem das Hermannsdenkmal im Teutoburger Walde ins Wanken geriet. Vielleicht sind die Vergehungen noch ärgerer Natur — wer kann sich in die Seele eines solchen polnischen Dienstmädchens verlegen! Deshalb heißen Dank allen, die mitgewirkt haben, um uns vor der neuen Gefahr zu sichern, vor dem der Granitblock des deutschen Reiches samt allen Paarungskünstlern in die Luft fliegen konnte. Sie sind auf dem Wege zur Strafe, heil dem Gendarmen, der ihre schwarzen Pläne zerbrach.

### Morokko.

Der Protest der französischen und spanischen Sozialdemokratie. Die „Humanité“ veröffentlicht ein Protestmanifest des Nationalrats der spanischen Sozialistenpartei und der französischen Partei gegen die Marokko-Expedition. Das Manifest beruft sich auf den Statutierten Beschluß gegen die Kolonialpolitik und sagt: Wir Proletarier Frankreichs und Spaniens müssen als erste diese Pflicht erfüllen, da es die Unseren sind, die die ersten Opfer der kapitalistischen Völkerei in Marokko sind. Wäge unserem Protest gegen die beiden Ländern eine energische Aktion entgegen, um neue Verbrechen des Kapitalismus zu verhindern. Keinen Mann und keinen Großen für Marokko! Vor unserem Widerstand müssen die Regierungen zurückweichen! Die Arbeiterklasse aller Länder wird uns unterstützen, während, daß die Marokko-Expedition für sie nur neue Militärlaster und neue Gefahren internationaler Konflikte herbeiführt. Darum Arbeiter Frankreichs und Spaniens, erhebt Euch, um gemeinsam unsere brüderliche Solidarität durchzusetzen! Nieder mit der Marokko-Expedition! Hoch die Arbeiterinternationale! — Die „Humanité“ zeigt an, daß die Kampagne durch gleichzeitige Meetings in Paris und Madrid eröffnet wird. In Paris wird ein Delegierter der spanischen Arbeiterpartei, in Madrid ein Franzose sprechen.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 25. September.  
Unsere erwarteten Bräutigamsparaden werden erfüllt, die Hochzeiten zur Unmittelbarabrechnung umgehend an uns angekündigt.

Explosionen des „Eis. Weltboten“.

Zuzug von Isolierern und Helfern nach Danbur ist fernzuhalten.

Von der Einkommensteuer. Am 8. Mat 1905 hat die Bürgerchaft an den Senat das Ersuchen gerichtet, die Höhe der jährlich zu zahlenden Einkommensteuer von dem durch das Budget sich ergebenden Ausgabenbedarf des einzelnen Jahres abhängig und die Einkommensteuer somit beweglich zu machen, während ein zweites Ersuchen auf eine weitere Ausgestaltung der im § 5 des Gesetzes enthaltenen Bestimmung gerichtet ist, nach der Personen, die mit geringem Einkommen eine größere Familie zu unterhalten haben, Steuererleichterungen zuteil werden sollen. Die Steuerbehörde hat daraufhin einen Entwurf für ein neues Gesetz ausgearbeitet, dem aber der Senat nicht in allen Punkten beigetreten ist. Die Steuerbehörde hatte den § 5 Abs. 1 des Gesetzes dahin gefaßt, daß für jedes Steuerjahr durch Rat- und Bürgerbeschluß bestimmt wird, wieviel Einheitsätze der Steuer zu erheben sind. Wird die Erhebung von weniger als vier oder von mehr als sechs Einheitsätzen beschlossen, so ist das Einkommensteuergesetz zu revidieren. Der Senat hat diesen Satz wie folgt abgeändert: „Für jedes Steuerjahr wird durch Rat- und Bürgerbeschluß bestimmt, wieviel Einheitsätze der Steuer zu erheben sind, doch soll die Steuer nicht auf weniger als vier und nicht mehr als sechs Einheitsätze festgesetzt werden.“ Die Steuerbehörde hat ferner vorgeschlagen, den Kreis der Personen, denen Steuererleichterung oder Steuerbefreiung zuteil werden soll, noch weiter zu ziehen, als es dem Ersuchen der Bürgerchaft entspricht. Der Senat erachtet es aber für geboten, in dieser Hinsicht über die von der Bürgerchaft beschlossenen Grenzen nicht hinauszugehen. Er hat daher den § 6 Abs. 1 des Gesetzes wie folgt gefaßt: „Steuerpflichtige mit 800 Mk. oder weniger Einkommen, die eine Familie von mehr als drei Personen ernähren, sind von der Steuer befreit. Steuerpflichtige mit mehr als 800 bis 1200 Mk. Einkommen haben unter der gleichen Voraussetzung nur die halbe Steuer, Steuerpflichtige mit mehr als 1200 bis 3000 Mk. Einkommen, die eine Familie von mehr als vier Personen ernähren, nur drei Viertel, und wenn sie eine Familie von mehr als sechs Personen ernähren, nur die halbe Steuer zu zahlen.“

Die Versammlung der Bürgerchaft, welche am Montag, den 30. September 1907, vormittags 10 Uhr, tagt, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Wahl eines Mitgliedes für den Bürgerausschuß. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates: 1. Genehmigung eines Vertrages mit der Firma Carl Leddorp wegen Grundbesitzes an der Mengstraße und an der Straße An der Untertrave u. v. d. a. 2. Abänderung des Beschlusses für die Beamten der Lübeckischen Zollverwaltung. 3. Erweiterung des Schulhauses zu Schönbusch. 4. Ankauf der östlich der Schwarzer Allee nach Maßgabe des Rat- und Bürgerbeschlusses vom 20. Juli 1907 zu enteignenden Flächen. 5. Herstellung einer Entwässerungsanlage in der Erntestraße, Rabenstraße und im Grünen Weg. 6. Erlaß von Bauvorschriften für eine Nebenstraße der Ringstraße in der Vorstadt St. Jürgen. 7. Bekabelung des Bürgerdamms, der Dütztor-Allee von der Falkenstraße bis zur Moltkestraße und der Wakenstraße von der Moltkestraße bis zur Strohkatenstraße. 8. Nachbewilligung für die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten zur Ausgleichung ihrer Abrechnung vom Rechnungsjahr 1906. 9. Nachbewilligung von 845,77 Mk. auf die Baukosten der Hauptfeuerwache. 10. Neubau eines Doppel-Volkschulhauses an der verlängerten Proffesstraße. 11. Änderung und anderweitige Fassung der Übereinkunft der drei freien Hansestädte, betr. das Danzische Oberlandesgericht. 12. Verordnung, betr. die Erhebung eines Brückengeldes für die Herrenbrücke. 13. Neudruck der Verfassung und des Gesetzes, das Lübeckische Staatsbürgerrecht betreffend. 14. Anderweitige Festsetzung der Verteilung des Ertrages der Forsten zwischen dem Staate und dem St. Johannis-Jungfrauenkloster. 15. Gewährung einer Beihilfe an die Begegungsgemeinde Harnsdorf zur Unterhaltung einer Strecke der Landstraße Ragerburg-Verden. 16. Verkauf eines Fabrikplatzes in der Nähe der neuen Gasanstalt an die Firma Heinrich Dieckel zu Lübeck. 17. Verkauf eines Areal's des Staates und der Allgemeinen Armenanstalt an der Ringstraße an St. Lorenz an die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft. 18. Nachtrag zu dem Gesetz vom 8. November 1886, betreffend die Ermittlung des Nutzungswertes der Grundstücke und Gebäude in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten. 19. Verleihung des Enteignungsrechts an das Finanzdepartement zum Erwerb von weiteren vier in Schlutup belegenen Parzellen. IV. 1. Fortsetzung der wiederholten Beratung des Antrages Wissell, betr. Ersuchen an den Senat über Vergebung von staatlichen oder städtischen Arbeiten und die Anerkennung der zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen u. d. durch die Unternehmer. 2. Wiederholte Beratung der Anträge Wissell: 1. betr. Ersuchen an den Senat wegen Errichtung 1 einer Fürsorge für Tuberkulose und Lungenkranke, 2. einer Wald-erholungsstätte; 2a. betr. Ersuchen an den Senat wegen einer Fürsorge für Mütter und Säuglinge, 2. der Errichtung von Milchbüchsen zur Bereitung von Säuglingsmilch, 3. Stillbrämen an Mütter und Hebammen; b. eventuell; Ersuchen an den Senat, mit der Bürgerchaft in gemeinsamer Kommission über Maßregeln zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zu beraten. 3. Wiederholte Beratung des Antrages Schneider betr. Ersuchen an den Senat um Ertrag, ob die Beiträge zu Pensionskassen, welche den im Lübeckischen Staate Einkommensteuer zahlenden Beamten von ihrem Gehalte gekürzt werden, ferner die Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung, sowie die Lebensversicherungsprämien bis zu einem Betrage von 300 Mk. als abzugsfähig von dem zu versteuernden Einkommen zu erklären sind. 4. Antrag von v. Schaack: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, bei allen Anträgen, wo Lagepläne zum Verständnis der Vorlagen erforderlich sind, ihr gleichzeitig mit den Vorlagen einen darauf bezüglichen Orientierungsplan zugehen zu lassen. V. Eingabe des Gastwirts Friedr. Siemssen, betreffend die durch die Höherlegung der Straße An der Untertrave hervorgerufenen Veränderungen an seinem Grundstück.

Eine stark besuchte Versammlung fand gestern Abend im großen Saale des „Bereinshauses“ statt. Zutritt hatten alle aus der Werk- und bei der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft beschäftigten Arbeiter. Die Tagesordnung lautete: Bericht über die von uns eingereichten Forderungen. Zu Beginn der Versammlung erklärte der Vorsitzende, daß die Herren Arbeitgeber es abgelehnt hätten, mit den Organisationsvertretern zu verhandeln, was im Prinzip wohl gegen die Haltung ihrer Hamburger Kollegen verstoße. Diese haben mit der Organisation verhandelt. Dem Bezirksleiter des deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurde von Herrn Koch erklärt, daß man die Sache mit den Arbeiter-Ausschüssen regeln werde. Die Arbeiter-Ausschüsse erklärten sich dazu bereit und erstatteten dann der Versammlung Bericht über die stattgefundenen Besprechungen. Aus den Berichten ging hervor, daß sich die Herren so gut wie garnicht in Verhandlungen über die eingereichten Forderungen eingelassen haben, sondern einfach erklärten, das bekommt ihr und weiter gibt es nichts. In der Diskussion wurde allgemein das Verhalten der Arbeitgeber gegenüber uns

Arbeitern und den von denselben gestellten Forderungen als nicht befriedigend bezeichnet. Mit Entrüstung wies die Versammlung eine Ausrufung des Herrn Behrens von der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft zurück, in welcher es hieß, eine Lohnzulage kommt nur der Schwartauer Allee zu gute, dort wird das Geld hingetragen. Darauf wurde folgende Resolution der Versammlung vorgelegt und gegen wenige Stimmen angenommen: Die heute, den 24. September 1907, im Vereinshaus tagende Versammlung aller auf der Schiffswerft von Henry Koch und der Lübecker Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft beschäftigten Arbeiter nehmen den Bericht ihrer Arbeiterausschüsse über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern betr. die gestellten Forderungen entgegen. Die Versammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die Unternehmer so wenig entgegenkommen bei den Verhandlungen gezeigt haben und auf die Wünsche der Arbeiter in so minimaler Weise eingegangen sind. Nichtsdestoweniger erkennt die Versammlung an, daß ein Fortschritt in der Verfürzung der Arbeitszeit und der achtprozentigen Lohnerhöhung zu verzeichnen ist und nimmt nach Lage der Sache das Resultat mit dem Vorbehalt an, daß die Firmen in Zukunft ein besseres Entgegenkommen zeigen.

**Strassenpav. Wegen vorzunehmender Selbstbauarbeiten** ist die Kacharinenstraße, von dem Hause Nr. 11 bis zur Schlachthoffstraße, vom Dienstag, den 24. September cr. ab, auf die Dauer von etwa zwei Wochen für den Fußverkehr gesperrt.

**Stadt-Theater.** Aus dem Theater-Bureau schreibt man uns: Die Vorverkaufsbillets zur Eröffnungsvorstellung von „König Lear“, welche am Sonntag, den 29. September, stattfinden, sind von heute ab in der Musikalienhandlung von F. W. Kaidel, Breitestraße, und an der Theaterkasse zu haben. Weitere Vorverkaufsstellen werden für die Winterzeit nicht eingerichtet.

**r. Schwartau. Gemeinderatssitzung.** In der gestern abend 7 Uhr in Herrn Heuers Hotel stattgefundenen Sitzung stimmte der Gemeinderat in zweiter Lesung einem Gemeindestatut zu, nach welchem die Anbringung von Reklametafeln an öffentlichen Plätzen einer schriftlichen Genehmigung des Gemeindevorstehers bedarf. Als Vertrauensmänner für die Wahl von Schöffen und Geschworenen wurden die Herren Schlachtermeyer König und Zigarrenfabrikant Möhr wiedergewählt. Der dritte Punkt „Anstellung eines Armenhausökonomens“ wurde von der Tagesordnung abgesetzt, weil die Meldefrist für Militäranwärter noch nicht abgelaufen ist und sich inzwischen schon drei gemeldet haben. Die letzteren müssen ja hierbei bevorzugt werden. Beim nächsten Punkt „Öffentliche Brunnen“ wurde beschlossen, einen Brunnen in der Lübeckerstraße um einen Meter zu vertiefen, weil derselbe kein Wasser hält. Der Gemeindevorsteher war bisher der Meinung, daß die Einwohner so lange warten müssen, bis wieder Wasser drinnen ist und es bedurfte erst des energischen Eingreifens der Pumpenkommission, um die Sache zu fördern. Beim nächsten Punkt „Hundesteuer“ betreffend, wurde ein endgültiger Beschluß nicht gefaßt. Den Gemeinden steht es nach der Änderung des Hundesteuergesetzes von 1864 frei, für Hunde, welche zur Bewachung oder dem Gewerbebetriebe dienen, oder von gewerbsmäßigen Züchtern von Hunden gehalten werden, die Steuer zu ermäßigen. Die Mindestsätze, welche nach dem Gesetz erhoben werden müssen, sind für jeden Hund 1,50 Mk., für den zweiten 3 Mk. und für den dritten 4,50 Mk., für jeden weiteren Hund 4,50 Mk. Es steht den Gemeinden frei, diese Mindestsätze zu erheben. Seit einer Reihe von Jahren werden in unserer Gemeinde 6 Mk., 12 Mk. und 20 Mk. erhoben. Es wurde nun von unseren Parteigenossen angeregt, die Sätze für Hunde, welche dem Gewerbebetriebe dienen, oder von gewerbsmäßigen Züchtern von Hunden gehalten werden, bedeutend zu ermäßigen und einen diesbezüglichen Beschluß in nächster Sitzung zu fassen. Die hiesige Hebamme Frau Echhoff hatte einen Antrag auf Beihilfe gestellt, dieser wurde abgelehnt. Dagegen von unsern Parteigenossen ein Antrag gestellt: Die Hebammen aus der Gemeindefasse zu bezahlen und die Mittel von der Allgemeinheit aufzubringen. Der Antrag wurde von unsern Genossen begründet, die Beschlußfassung aber bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt. Die Erben der verstorbenen Handarbeitslehrerin Frau Lemburg stellten den Antrag, den Erben noch das Gehalt von einem Monat oder Vierteljahr zu zahlen. In Rücksicht auf die langjährige Dienstzeit, 30 Jahre, der Verstorbenen, bewilligte der Gemeinderat ein Monatsgehalt von 45 Mk. (Schluß der Sitzung 8 1/4 Uhr.)

**Gr. Parin. Feuer.** Gestern abend kurz nach 7 Uhr erscholl in unserm Ort Feuerlärm. Es brannten die beiden mit Stroh gedeckten Einwohnerhäuser des Pufners S a s s, welche von fünf Familien bewohnt waren, bis auf den Grund nieder. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt. Die Einwohner retteten mit knapper Not das nackte Leben, leider sollen zwei davon, die Arbeiter Grabbet und Möller mit ihren Mobilien nicht versichert sein.

**Hamburg. 20 Protestversammlungen** gegen den Lebensmittelmacher und die allgemeine Teuerung fanden Dienstag abend in Hamburg und Umgegend statt. Nach eingehender Darlegung der Ursachen und der Folgen der Teuerung, sowie der Mittel zur Abhilfe wurde in allen Versammlungen folgende Resolution angenommen: Die Volksversammlung erblickt die Ursachen der herrschenden allgemeinen Teuerung in der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft. Die Beseitigung und Erleichterung der Einfuhr durch Grenzsperrn, hohe Zölle und sonstige Maßnahmen und die dadurch herbeigeführte Beseitigung oder Einschränkung der ausländischen Konkurrenz, die Ausschaltung der inländischen Konkurrenz durch Syndikate, Kartelle usw., sowie die Begünstigung der Ausfuhr durch Eisenbahntarifiermäßigungen und andere Vergünstigungen schaffen den kapitalistischen Unternehmern die Möglichkeit, im Inlande einen künstlichen Mangel an notwendigen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln zu erzeugen und die inländischen Warenpreise wucherisch in die Höhe zu treiben. Zugleich verhindern die Unternehmerorganisationen, unterstützt von der Staatsgewalt, die Arbeiter, die Verteuerung der Lebenshaltung durch Erbringung entsprechend höherer Löhne auszugleichen. Die allgemeine Teuerung führt somit zur Verschlechterung der Lebenshaltung weiter Volksteile und bildet eine gemeinschädliche Gefahr für die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung. Die Versammlung erachtet es für die Pflicht des Staates und der Gesetzgebung, mit Entschiedenheit auf Einschränkung und schließliche Beseitigung der allgemeinen Teuerung hinzuwirken, und zwar durch Erweiterung und Sicherung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, um diesen die Möglichkeit zu ausreichender Selbsthilfe zu geben; durch Beseitigung der Lebenshaltung des Volkes verteuernenden Zölle, Grenzsperrn, Einfuhrverbote und Erleichterungen; durch eine wirksame Gesetzgebung gegen das Unwesen der Syndikate und Kartelle; durch Beseitigung der Ausfuhrvergünstigungen und eventuell Ausfuhrverbote für notwendige Lebensmittel und Bedarfsartikel, soweit es die ausreichende Versorgung der heimischen Bevölkerung erfordert; insgesamt durch eine den Gesamtinteressen der Bevölkerung dienende Wirtschaftspolitik! Die völlige Beseitigung der gemeinschädlichen kapitalistischen Ausbeutung, wie sie sowohl in der Ausnutzung der Lohnarbeit als auch in dem Warenpreismacher in die Erscheinung tritt, hält die Versammlung nur für möglich durch die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsweise in eine sozialistische im Sinne der Sozialdemokratie!

**Hamburg. Mordversuch und Selbstmord** Dienstag früh 6 Uhr drang der am 1. Oktober 1877 zu Krakau geborene Schaueremann Franz Thiemann in die Wohnung seiner von ihm getrennt lebenden Ehefrau Auguste und gab sechs Revolvergeschosse auf die Frau ab. Von den Schüssen trafen drei die Frau in die Hände und die Schulter und verletzten sie schwer, so daß sie dem Hafentraktenhaus zugeführt werden mußte. Der Täter flüchtete durchs Fenster auf den Hof des Nebengrundstücks und lief in die Zinkfabrik von Hempel, wo er sich mit einem Taschenmesser die Kehle durchschnitt und verblutete. Thiemann ist dem Trunke ergeben. Seine Ehe war eine unglückliche. Schon wiederholt hat Thiemann seine Frau bedroht und auch einen Mordversuch ausgeführt, wofür er im Jahre 1904 mit zwei Jahren Gefängnis bestraft wurde. Nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt vertruug sich die Eheleute wieder, jedoch herrschte bald wieder zwischen denselben Zank und Streit. Am 17. d. bedrohte er seine Frau wieder in gefährlicher Weise, weshalb diese seine Festnahme veranlaßte. Es wurde ihm nun das Betreten der Wohnung seiner Frau verboten. Als gestern morgen gegen 5 1/2 Uhr eine Brotfrau der am 7. Mai 1875 zu Magdeburg geborenen Frau Th. Brot brachte, kam der Schaueremann von der Treppe der zweiten Etage herunter. Die Ehefrau verschloß schnell die Tür. Th. schlug nun die Scheibe der Rückentür ein und stieg in die Wohnung ein. In rascher Aufeinanderfolge gab

Th. zwei Revolvergeschosse auf seine in ein Zimmer flüchtende Frau ab, von denen eine Kugel ihre Hand verlegte. Frau Th. wollte nun durch eine Tür auf den Korridor flüchten, doch war sie verschlossen. Der Schaueremann holte die flüchtende jetzt ein, packte sie an und versuchte sie aus dem Fenster zu werfen, wobei die Frau laut um Hilfe schrie. Es gelang ihr aber schließlich, sich loszureißen und aus der Wohnung ins Parterre zu laufen. Th. gab nun weitere vier Schüsse auf seine Frau ab, von denen nur einer fehl ging. Frau Th. flüchtete jetzt in eine Parterrewohnung und brach dort betäubungslos zusammen. Als der Schaueremann, der ebenfalls ins Parterre gelaufen war, sah, daß ihm seine Frau entwischt war, lief er wieder zurück in die Wohnung seiner Frau, sprang durch das Fenster des Schlafzimmers auf das Dach eines Schauers und gelangte so auf den Hof des Nebengrundstücks. In wilder Hast lief er weiter und zwangte sich dort durch ein Fenster in die Hempelsche Zingieherei, Kielerstraße 53. Passanten hatten von der Schieberei Schutzleute benachrichtigt und diese begaben sich eilig nach dem Tatort. Inzwischen war auch ein Polizeiarzt geholt worden, der die Frau Th., die einen Schuß in die linke, einen zweiten in die rechte Schulter und einen dritten Schuß in die linke Hand bekommen hatte, verband und per Räderbahn nach dem Hafentraktenhaus bringen ließ. Während dieser Zeit hatte man auch schon die Verfolgung des Täters aufgenommen. Man fand Th. in der Hempelschen Fabrik tot vor; er hatte sich mit einem Taschenmesser die Kehle durchgeschnitten. In seinem Besitz wurde ein Revolver mit vier leeren Hülsen gefunden. Die Leiche kam ins Hafentraktenhaus.

**Altona. Die Tat eines Armen** der Armen. Daß jemand, der einen schweren Diebstahl begangen hat, freigesprochen wird, weil er die Tat zur Rettung aus einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben begangen hat, kommt verhältnismäßig selten vor. Beim Landgericht Altona ereignete sich am 27. April ein solcher Fall. Der Diensthof Gottlieb Lagodni war im Winter von seiner Dienstherrschaft entlassen worden, welche seine Kleidungsstücke für ein nicht zurückgezahltes Darlehen zurückbehielt. Als der mittellose Mann zurückkam, wurde ihm die Tür gewiesen. Er schlich sich dann heimlich in das Haus ein, weil ihm beide Füße abgefroren waren. Auf dem Boden verbarg er sich zwei Tage, dann entwendete er aus einer Bodenkammer 20 Mark und eine silberne Uhr und entfernte sich. Das Geld wollte er dazu verwenden, um schnell im Krankenhaus Aufnahme zu finden. Tatsächlich sind ihm hier beide Beine bis zum Knie amputiert worden. Das Landgericht hat eine Notlage nach § 54 St.-G.-B. im vollsten Maße als erwiesen angesehen. Völlig mittellos, verlassen und verstößt, habe der Angeklagte seinen qualvollen Tod vor Augen, wenn er nicht schnell die Mittel erlangte, um im Krankenhaus aufgenommen zu werden. Sein Notstand war auch unerschütet. Er wäre auch vielleicht ins Krankenhaus gekommen, wenn er andere Leute oder die Polizei um Hilfe gebeten hätte. Aber daran hat er nicht gedacht. Er konnte auch, meint das Urteil, annehmen, daß andere Menschen ihm nicht so schnell helfen würden, umso mehr, da er von den Bewohnern des Hauses, in dem er sich befand, unbarmherzig hinausgewiesen worden war. Gegen das Urteil hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt, weil es den Mangel der Vernehmung nicht ausreichend festgestellt habe und widersprüchsvoll sei. Das Reichsgericht war aber nicht dieser Meinung und verwarf am Montag die Revision.

**Burg a. Fehm. Selbstmord.** Der 57-jährige Uhrmacher Liesenberg warf sich am Dienstag morgen bei Peterdorf vor einen Eisenbahnzug. Liesenberg wurde der Kopf abgefahren.

**St. Margarethen.** Vom Zuge überfahren. Montag mittag beim einlaufenden Zuge auf unserem Bahnhof trat ein Altonaer Bahnbeamter namens Haack unvorsichtigerweise fehl, so daß er vor die Räder auf die Schienen fiel. Ein Wein wurde ihm am Oberschenkel zermalmt. Dr. Tschentscher-St. Margarethen konnte bald an der Unglücksstelle sein und dem Verunglückten einen Verband anlegen. Der Bahnarzt Dr. Lüsing-Brunsbüttelshafen hat den Verdauernswerten dann nach Altona überbracht.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: F. H. Sch war z. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

**Komitee- u. Kommissions-Sitzungen**

**D. C. F.**  
Donnerstag abend 8 1/2 Uhr  
Versammlung im Vereinshaus.

Gesucht zu sofort oder zum 1. Oktober  
**ein Zimmerlehrerling.**  
Waisenhoffstraße 31.

Gesucht zwei Plattenmischer  
**Wilh. Lütke, Ghasotstr. 8.**

Gesucht zum 1. Oktober  
**ein kräftiger Laufburche**  
außer der Schulzeit. Fischergasse 52.

Ein Zimmer zu vermieten. Zu besichtigen  
abends 7 Uhr. Gartengrube 9/2.

**1 alter starker Kinderwagen**  
zu kaufen gesucht. Off. mit Preis unter  
H. G. B. an die Exped. dieses Blattes.

Ein hellgrauer Kinderwagen mit Gummi-  
reifen und Nickelgestell zu verkaufen.  
Näheres Bülowstr. 5 pt.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich die  
**Bau- und Möbeltischlerei und Sargmagazin**  
von Herrn

**W. Fiencke, Banntstraße 16**  
Vollständig übernommen habe und bitte um geneigten Zuspruch.  
Prompte, reelle Bedienung und solide Preise zusichernd, zeichne  
hochachtungsvoll

**H. Horenburg.**

**Kaffeehaus Moisling.**  
Sonntag, 29. September  
**Großer Cruteball**  
Tanz frei.

Schmerzlose Zahnoperationen.  
**Künstliche Zähne**  
ohne Herausnehmen der Wurzel.  
Plomben jeder Art.  
**Marcks, Mühlenstr. 28.**

**Prima Landjinken**  
im ganzen und im Ausschmitt.  
ff. Mecklenb. Landspeck u. Mettwurst.  
Schinken in Stücken v. 2—5 Pfd.  
per Pfund Mark 1.50—1.30.  
**Heinrich Franck,**  
Wahmstraße 67.

5 Pfg. zahle für Hausstandslumpen,  
sowie für Eisen u. Metalle die höchsten  
Preise. Postkarte genügt.  
**Karl Kleinfield, Waisenhoffstraße 25.**

**Verloren**  
Ein g. schlachter Ring, gez. E. Johanneßen,  
25. 12. 08., auf dem Wege von der Mauer  
bis zum Wilhelm-Theater oder daselbst.  
Bitte abzugeben. An der Mauer 132.

Ein kleiner eiserner Ofen | Eleg. Sitz- u. Siegewagen  
zu verkaufen. | Elsmigstr. 12 a. l. | zu verkaufen. | Mengstr. 19, part.

Morgen, Donnerstag, auf dem neuen Bahnhof, **Produktenstrang:**  
**Ein Waggon**  
**pa. große süße Thüringer Zwetschen.**  
Freitag abend daselbst ein Waggon Zwetschen u. Aepfel.  
Geben dieselben bei 10 Pfund äußerst billig ab.  
**J. Piel, Warendorpstraße 41. F. Behrens, Marlesgrube 35.**  
Telephon 1829.

**Versuchen Sie bitte!**

**Peronia-Brot**  
D. R. P. 157307  
übertrifft jedes andere Brot  
durch den hohen Gehalt an leicht-  
verdaulichen blut- und muskel-  
bildenden Nährstoffen.  
Überall käuflich!

Täglich frisch in allen durch Plakate kenntlichen Niederlagen  
oder durch den  
**General-Vertreter: Hans Panier,**  
**Lübeck, Adlerstraße 36.**

2 Fahrstühle.

Riesige Auswahl!

in allen Artikeln.

Prima Qualitäten!

sowohl in den einfachen wie auch feinen Genres.

Billigste Preise!

# Bedeutende Vorteile

bieten wir zum

## bevorstehenden Umzug

in unserem morgen an gleicher Stelle

# Erscheinenden Inserate.

Besichtigung

ohne

Kaufzwang!

Kulante fachkundige Bedienung.

Jeder Gegenstand wird bereitwilligst umgetauscht.

# LEO LEIBHOLZ & CO.

Lübeck, Holstenstraße 25 \* 27 \* 29 \* 31 \* 33.

**Carl Folkers**

**Möbel-Magazin**

25 Marlesgrube 25.

Vollständige Wohnungs-Einrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmer-Einrichtungen stets vorräthig.

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

Bei Beschädigung Kostlos.

Teilzahlung gestattet.

Gebe rote Lebeck-Marken.

Deutscher

## Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Lübeck)

### Einladung zum Ball

am Montag, den 7. Oktober 1907  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.

Anfang 8 Uhr.

Ende 4 Uhr.

Eintritt 50 Pf. eine Dame frei. Einzelne Damen 20 Pf., wofür Garderobe.

Das Komitee.

### Aus den Wolken

fallen Sie

über die vorzügliche Qualität und den billigen Preis unseres

**HANSA**

Backpulver, Pudding-Pulver,  
Salicyl-, Vanille-Saucen-Pulver,  
Vanille-Zucker, Rote Grütze-Pulver.

Verlangen Sie nur die Fabrikate der

Back- und Puddingpulver-Fabrik

Stahmer & Wilms, Hamburg 17.

Wir gehören dem Verband der Fabrikanten von Markenartikeln nicht an.

Eröffnet:

### Apotheke in Stockelsdorf.

Nach amtlicher Besichtigung habe ich in **Fackenburg** eine Voll-Apotheke für **Stockelsdorf und Umgegend** aufgemacht.

Tagesdienst 7 Uhr früh bis 9 Uhr abends.

Fernruf 1416.

Bitte zu bemerken!

**H. Dittmann.**

Beabsichtige mein

**Haus Huxstraße 27,**

worin ich seit ca. 10 Jahren ein

Galanterie- u. Kurzwaren-Geschäft mit sehr gutem Nutzen betrieben, mit oder ohne Geschäft zu sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen.

**A. Jack, Huxstr. 27.**

Der Waggon

**Zwetschen**

ist am Donnerstag morgen bestimmt am Kanal unterhalb Hundestraße.

10 Pfd. 90 Pf. 100 Pfd. 8,50 Mk.

**F. Daniels, Hundestr. 38.**



**Panorama**

Breitestraße 53, 1. Etz.

Diese Woche ausgestellt:

**Salzburg**

und seine Hochgebirgswelt.

**Hansa-Theater**

Lübeck.

letzte Woche!

des  
Kölnischer Gastspiels!  
Täglich abends 8 Uhr:

**Tünnes & Comp.**

Kolossal Sacherfolg! Brillante Ausstattung  
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

**Stadt-Theater.**

Direktion: Ludwig Florowski.

Samstag, 29. September.

Eröffnungsvorstellung

**König Lear.**

Billetts sind ab heute nur bei F. W. Raibel.

Breitestr. u. an der Theaterkasse zu haben.

**Louis Levy's**  
**Arbeiter-Garderoben**



sind die besten!

Klingenberg &

Klingenberg &

## Warum so unzufrieden?

mp. Auf dem letzten Kongresse der englischen Trade-Unions sagte ein Redner: „Ich bin der heutigen Gesellschaftsordnung müde.“ Dies Wort hat das bekannte bürgerliche Blatt, Londoner „Daily Mail“, aufgegriffen und unter seinen Lesern eine Rundfrage veranstaltet. Es bittet um Auskunft, weshalb heute weite Kreise mit der heutigen Gesellschaftsordnung unzufrieden sind. Die Antworten sind manchmal recht merkwürdig, die meisten kommen aus Arbeiterkreisen. Sie sagen uns nichts Neues, es klingt aber aus allen diesen Zuschriften der eine Grundton heraus: Wir sind müde, wir wünschen eine Änderung. So schreibt ein Arbeiter: „Ich glaube, wir alle sind müde, eine müßige, nichts erzeugende Klasse von Leuten zu erhalten. Da aller Wohlstand von der Arbeit, alles Kapital von der Arbeit kommt, so sind natürlich die, welche nicht arbeiten, unterhalten von denen, die arbeiten. Diejenigen nun, welche den Wohlstand erzeugen, erhalten ein Drittel, während die, die dazu nichts tun, zwei Drittel beziehen. Die kleine Summe wird zu Löhnen, die große zu Renten, Einkünften, Zinsen. Ist das ein gerechter Zustand? Sind das nicht Verhältnisse, die verursachen, daß alle Arbeiter genug haben von der heutigen Gesellschaftsordnung. Wie sollen die Arbeiter diese kapitalistische Ordnung verstehen, die ihnen ein Drittel von ihrer Arbeit abgibt, die eine Masse von Arbeitslosen schafft, die zusehen mögen, von was sie sich ernähren, die eine Kindersterblichkeit bis zu 95 Prozent verursacht, das Schwitzsystem erzeugt, und die Alten, Mühen schließlich ins Armenhaus schießt? Sollen wir dessen nicht müde sein? Ein Wechsel muß eintreten. Aus dem Zustande der Nichtorganisation heraus in die Organisation, zur Kooperation. Die Kapitalisten haben das längst erfaßt und danach gehandelt. Man sehe ihre Kiesenvereine, die Trusts in Amerika. Wenn der Kapitalist darin also seinen Vorteil sieht, so soll es der Arbeiter auch so machen.“

Ein anderer schreibt: „Niemand, der das Arbeiterleben kennt, kann sich wundern, daß viele der heutigen Ordnung überdrüssig sind. Die Arbeiter sind doch, wenn man ehrlich sein will, die reinen Lohnsklaven der Gesellschaft in einem Grade, wie kein anderer, der für einen Lohn schafft. Sie arbeiten und andere speichern das Gold auf. Von ihrem Standpunkte ist der Kapitalist der Sklavhalter, der Besitzer ihres Körpers und Geistes, die Beschreibung ihres Daseins ist keine Übertreibung. Sie bitten, man möchte sie aus diesem Zustande erlösen. Ihre Forderung ist gerecht. Aber das Mittel, das sie vorschlagen, ist ungerecht. Arbeit kann ohne Kapital nicht, das Kapital nicht ohne Gewinn bestehen. Wenn das aber so ist, und wenn das Kapital mehr gewinnt, als den gerechten Anteil, so ist das Mittel nicht die Zerstückung des Kapitals, sondern die bessere Beteiligung der Arbeit daran.“

Man sieht, daß dieser Mann kein Sozialist ist, aber auch er kommt zu dem Schlusse: der Arbeiter hat vollauf, gerecht, gründlich Ursache, der heutigen Ordnung müde zu sein. Besonders denkt dieser Engländer an die klägliche Armenversorgung, die Krankenhäuser und sonstige Anstalten seines Landes.

Ein dritter, offenbar ein Handwerker, schreibt dem Londoner Blatte: „Weshalb wir müde sind? Vor allem, weil wir eine nichts arbeitende, unproduktive Klasse ernähren müssen. Ihr „Politikus“ (der die Umfrage gestellt hat) fände das von selbst heraus, ginge er unter die Arbeiter! Er befolge das Beispiel, das neulich ein paar

Herrn von den „Schützern der Armen“ gaben, die für einen Tag lang sich den Arbeitsregeln fügten, die dem arbeitslosen armen Teufel das Steinklopfen gestatten. Nun, ich glaube, diesen Herren haben am Abende ihre blutigen, schmerzenden Hände erzählt, was ein Steinklopfen ist, und daß es eine ganze Reihe von besseren Arten des Daseins auf unserer Erde gibt. Ja, und so würden auch sonst sehr viele Leute nach nur einem Tage oder einer Woche Handarbeit verstehen, was ein Arbeiterleben ist und weshalb man unzufrieden ist. Da soll man z. B. nur zusehen, wie Blechbüchsen gemacht werden. Da sitzen sie, ein Mann, ein Junge, ein Mädchen über eine Maschine gebückt und während sie mit den Füßen treten, stanzen sie aus einem endlosen Bleche durch den Druck eines Hebels ein Stück heraus, den ganzen Tag dasselbe Stück. Ein anderer macht den Deckel usw. Das soll „Politikus“ nun mal eine ganze Woche machen, jeden Tag zwölf, dreizehn Stunden lang! Ich glaube, er hätte bald „genug von der heutigen Gesellschaftsordnung“. Man vergleiche diese Arbeit mit dem Leben eines früheren Blechschlägers, Kupferschlägers. Der sah doch aus seiner Arbeit ein Ganzes werden und jeder Hammerschlag brachte ihn weiter und mit Geschicklichkeit schuf er ein Kupferbecken, einen Teller usw. Er hatte eine Genugtuung bei seiner Arbeit — aber wo bleibt die heute, wo die Achtung vor seiner Arbeit!“

Auch dieser Arbeiter ist noch kein Sozialist — aber er sieht doch ganz klar die vielen Gründe der Unzufriedenheit. Und hat er nicht tausendmal recht, wenn er sagt: Lebt das Leben eines Fabrikarbeiters auch nur einen einzigen Tag — ihr werdet genug davon haben und dann werdet ihr auch begriffen haben, weshalb weite Kreise genug haben von der jetzigen Abwägung von Arbeitslohn und Kapitalgewinn.

## Reichsverband und sozialdemokratische Parteikasse.

Der Rechenschaftsbericht unseres Parteikassierers Gerlich wird von den Reichsverbändlern stets zum Gegenstand eingehenden Studiums gemacht. In unerhört dreister Weise wird dabei behauptet, daß das sozialdemokratische Kassensystem verschleiert sei, um den Parteigenossen einen Einblick unmöglich zu machen. In der Nr. 54 der „Korrespondenz des Reichsverbandes“ vom 11. September 1907 ist wieder „bewiesen“, daß die sozialdemokratische Parteikasse ein großes Pump-Institut sei. Nach dem an den Essener Parteitag erstatteten Kassensbericht sind im Berichtsjahre 208 093,40 Mk. an Darlehen gegeben worden. Die Anmerkung zum Kassensbericht — S. 58 — sagt dazu:

„Auch im verfloffenen Geschäftsjahre wurden die Darlehen in erster Linie den in steter Entwicklung befindlichen Parteigesellschaften zur Vergrößerung ihrer maschinellen und sonstigen Einrichtungen gewährt.“

Daraus geht hervor, was jedem tätigen Parteigenossen bekannt sein konnte, daß es sich nicht etwa um Darlehen an Personen handelt, solche zu geben wird im Gegenteil prinzipiell abgelehnt, eben weil eine Parteikasse kein Pumpinstitut sein kann. Nun sind aber von den Darlehen nur 94 940 Mark in die Parteikasse zurückgefloßen. Jedes noch nicht reichsverbändlerisch verzeichnete Gehirn versteht es, daß Darlehen zur Anschaffung von Maschinen oder zu Erweiterungsbauten nicht in ein paar Monaten wieder zurückbezahlt sein können. Die Reichsverbändler haben sogar herausge-

funden, daß die sozialdemokratische Parteikasse an der Hamburg-Amerika-Linie als Aktionärin beteiligt ist! Offenbar verwechselt man da unsere Parteikasse mit dem Seemannsverband, der allerdings eine Aktie genannter Gesellschaft besitzt; damit ist dem Vorsitzenden genannten Verbandes die Möglichkeit gegeben, an den Versammlungen der Aktionäre der Hamburg-Amerika-Linie teilzunehmen und dort die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten — sehr zum Leidwesen des Herrn Ballin! Dann möchten die Reichsverbändler gern wissen, wo sich der Reservefonds, den sie als „Geheimfonds“ bezeichnen, befindet. „Wo ist er? Wie hoch ist er? Wie ist er angelegt? Wo sind die Zinsen verrecknet?“ Das den Reichsverbändlern auf die Nase zu binden, besteht nicht der mindeste Anlaß und die von unseren Parteigenossen gewählten Vertrauensleute sind informiert. Warum geben denn die Reichsverbändler keine Antwort, wenn man nach ihren Geldquellen fragt? Sie dürfen eben der Öffentlichkeit nicht wissen lassen, daß sie hauptsächlich von den Scharfmachern ausgehalten werden! Die Raffengebarung der sozialdemokratischen Partei ist jedenfalls eine mustersache, die allerdings von den bürgerlichen Parteien nicht gut nachgeahmt werden kann, weil man dort mit einem Kassensbestande in der Regel nicht beschwert ist.

## Soziales und Parteileben.

Der 14. internationale Kongress für Hygiene und Demographie wurde am Montag in Berlin eröffnet. Der Präsident des Kongresses, Prinz Schönau-Carolath, hielt die Bemerkungsansprache. Hierauf hielt der Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg eine Ansprache, in der er den Wunsch ausdrückte, daß die Arbeiten des Kongresses reiche Folgen für die Fortschritte der Menschheit zeitigen. Redner fuhr fort, es sei der Kultur wohl gelungen, manchen Feind der Menschheit aus dem Felde zu schlagen, der in roheren Zeiten ungehindert elementare Verwüstungen im Volkstörper anrichten konnte, zugleich aber habe sie neue Feinde erziehen lassen, die niedergeworfen werden müßten. Die Kultur habe den Anspruch auf Schutz auch allen denjenigen Künsten und Schwächsten erworden, über die das halb rohe, halb naive Gefühl der unentwickelten Zustände mitteillos hinwegschreite. In der Erfüllung der von Tag zu Tag wachsenden Pflichten luche die Hygiene die Widerstandskraft des Menschen zu stärken, indem sie die krankhaften Stoffe dem Nährboden entziehe, die Schädlinge im Entstehen vernichte, sie lokalisiert und von den Gesunden fernhält. Die öffentliche Gesundheitspflege setze sich auf sorgfältige Beobachtung und Registrierung aller Erscheinungen im Volksleben angewiesen, ohne an den Grenzen einzelner Länder Halt machen zu können. Auch dem jetzigen Kongresse eröffne sich ein reiches Arbeitsfeld. Redner begrüßte schließlich den Kongress im Auftrage des Reichskanzlers namens der Reichsregierung mit dem Wunsche, daß die Arbeiten und Beratungen des Kongresses der Kraft und Gesundheit der Völker, als der Vorbedingung des menschlichen Fortschritts, wahrhaft dienlich sein mögen. Kultusminister Dr. Holler wies auf die bakteriologische Wissenschaft und ihre Erfolge hin und gab seiner Freude Ausdruck, daß die Sorge für die Volksgesundheit nicht an Landesgrenzen gebunden sei, sondern sich Freunde der Hygiene aller Nationen zusammenfinden, um in gemeinsamer Arbeit neue Anregungen zu sammeln. Im Auftrage des Kriegsministers begrüßte Generalstabarzt der Armee Dr. Schjerning den Kongress und wies darauf hin, wie von der Volkskraft und der Volksgesundheit eines Landes auch die Wehrfähigkeit und der Erfolg des Heeres abhängig sei. Hierauf hob Präsident Prinz Schönau-Carolath die Aufgaben des Kongresses hervor, dem Menschen, wenn möglich, die verloren gegangene Gesundheit wieder zu gewinnen, jedenfalls aber einen wirksamen Schutz zu gewähren gegen alle ihm drohenden Gesundheitsgefahren und Gefährdungen. Gehe doch die Gesundheit des Menschen Hand in Hand mit Arbeitskraft und Schaffensfreude. Es sei eine erhebende Tatsache, daß alle Kulturstaaten der Welt mitetteifern,

## Der Salamander ist tot.

Humoreske von Otto Girndt.

(Fortsetzung.)  
„Verzeihen Sie eine Zwischenfrage, Lulu?“ unterbrach die Matrone. „Die Ihrigen kommen doch heut' noch zu uns?“

„Wahrscheinlich sogar bald; denn als ich herging, nahm Marie absichtlich ihren Mann unter den Arm, um ihn spazieren zu führen. An den Arbeitstisch läßt sie ihn heute nicht mehr, und da er weite Futzoren nicht sonderlich liebt, so — sie hielt inne und neigte das Ohr — „ich glaube gar, ich höre ihn schon auf der Treppe.“

„Großvater kommt! Großvater kommt!“ jauchzten die Kinder, die gleichfalls mit feinem Gehör begabt waren. Lulu eilte an die Stubentür, die Knaben ihr nach.

In Martini's Hirn wirbelte es. Vor einer Stunde noch hatte er sich das Wiedersehen mit dem Mineralogen als höchst vergnüglich ausgemalt, jetzt standen die Sachen anders, er bebte fast davorn. Wie doch zwei Augen die Ansichten und das Schicksal eines Menschen umzugestalten vermögen!

„Setner Gännerin entging es nicht, daß ihm das Blut in die Stirn schoß. Was haben Sie, Doktor?“ fragte sie vorangeht leise. Martini winkte ihr, zu schweigen; denn schon hatte das Fräulein die Tür geöffnet und begrüßte die Ankommenden. Professor Prinz hatte auf seinem Wege aus der Universität den Kollegen Nierenstein getroffen und ihn kammt der Frau Kollegin mitgebracht. Er war begierig auf Berichte über die Mineralogerversammlung.

Gefahr und List sind Zwillingsschwestern. Nicht die erste von links gegen den Sterblichen an, so wirft ihm die zweite von rechts den Schleier zu. Werbergen konnte Martini sich nicht vor dem Manne, denn er Bitterkeit in die Seele gestöhnt — da durchquerte ihn auf dem Gipfel der Not ein lähner Gedanke, und der Alp, der seine Brust belastete, fiel herab.

Madame Prinz schritt den Eintretenden entgegen und bewillkommnete sie. Nierenstein ward durch die Empfangs-zeremonien und durch seine Kurzsichtigkeit verhindert, den Fremden zu bemerken, bis Professor Prinz hinter ihm herumkam mit dem Freudenrufe: „Doktor Martini, seien Sie willkommen, Leichter!“ In der nächsten Stunde zog er den jungen Gast an beiden Armen bis dicht

vor den Kurzsichtigen und sein rundes, meintotes Antlitz glänzte, indem er anbot: „Kollege, sehen Sie hier —“  
„Herr!“ schnellte der hochschultrige kleine Herr zurück, als hätte er sich an Nesseln verbrannt, und alle zehn Finger gespreizt vorstreckend, haspelte er heraus: „Marie, Louise, verlaßt augenblicklich mit mir diese Räume! Das ist der grobe Mensch, der Mensch, der —“

Die Stimme erstarrte ihm.

Professor Prinz schlug die Hände zusammen. „Kollege! Kollege!“

„Fort, fort!“ zischte Nierenstein. Die Frauen standen gleich Salzfäulen, Martini sah in ruhig-ernster Haltung den Zornigen an.

„Was sieht Sie an, bester Kollege?“ rief Prinz, dem Zeternden seinen Arm um die Schulter legend.

„Das ist der Mensch, der mich heute gemißhandelt hat!“ stieß jener hervor.

Der Dame des Hauses dämmerte eine Ahnung auf, weshalb ihr junger Freund aus Frankfurt am Main gekommen sein wollte; doch ward sie wieder irre daran, als sie hörte, wie der Doktor mit voller Fassung erwiderte: „Sie kennen offenbar die Flözgebirge besser, als die Menschen, Herr Professor!“

„Wieder die malitiose Art?“ vibrierte Nierenstein.

„Adolf, Adolf, beruhige Dich doch!“ bat eindringlich seine Gattin.

„Fort, fort!“ wiederholte der Empörte.

„Aber lieber Schwager“, fiel Lulu mit hellem Ton ein, „welch ein Irrtum! Der Herr ist ja heute früh schon hier gewesen.“

„Unmöglich! Sein Ton, sein fatales Gesicht —“  
„Verzeihen Sie, mein Herr Professor“, unterbrach ihn Martini freundlich. Lassen Sie mich für einen Menschen gelten! Ich kann mein Gesicht doch nicht anreihen.“  
„Da hört Ihr!“ feuchte der Mineraloge. „Heute früh wollte er keine Gliedmaßen abschneiden —“  
Länger konnte Lulu, trotz ihres Mitgeföhls für den nervösen Schwager, nicht an sich halten. Sie brach in klägliches Geschrei aus. Professor Prinz aber erfaßte den Ergränzten energisch beim Arm mit der Erklärung: „Kollege, ich glaube, Sie sind verrückt!“  
Der kleine Herr fuhr sich mit der Hand über die Stirn und durchs Haar, als luche er in der Tat seinen abhand-

genommenen Verstand wieder. Martini trat mit Sicherheit auf ihn zu: „Es schmerzt mich, Herr Professor, einen namhaften Gelehrten bei der ersten Begegnung von solcher Seite kennen zu lernen. Ich hatte mir ein anderes Bild von Ihnen entworfen. Ist mir zufällig eine große Ähnlichkeit mit jemandem eigen, der Sie verlegt hat, so bedaure ich das, bin indes nicht willens, für ihn zu büßen!“

„Wie, mein Herr?“ verzehrte Nierenstein ungläubig, jedoch ein wenig milder, da ihn das Prädikat „namhafter Gelehrter“ gefügelt hatte, „wie, mein Herr, Sie wären nicht —“

„Vielleicht kann ich Ihnen auf die Spur des Menschen helfen, mit dem Sie mich verwechseln. Ich bin in der unglücklichen Lage, einen Doppelgänger in meiner Heimat zu besitzen, den ich leider nie und nirgends gesehen, der mich hingegen genau kennen muß, denn er hat die Ähnlichkeit unseres Wuchses und unserer fatalen Gesichter —“ Nierenstein rückte unter Räuspfern etwas verlegen an der schwarzen Halsbinde — „schon öfter zu meinem Nachteil ausgebeutet; ja es ist mir geschehen, da er auch meine Tracht nachahmt, daß der Keller eines Gasthauses, wo ich an bestimmten Tagen verkehre, mich um die Zahlung meiner Zechen vom Abend vorher gemahnt hat und ich genötigt war, mein Alibi nachzuweisen.“

„Wenn dem so ist — Moran ich nicht zweifeln darf —“ flötete Nierenstein, und Prinz verstärkte: „Allerdings dürfen Sie nicht zweifeln; ich würde den jungen Mann nicht meinen Freund nennen, wäre sein Charakter nicht so solid und tüchtig, wie seine Kenntnisse.“

Das Schlusswort bot dem unsicher gewordenen Steinkundigen eine Handhabe, sich aus der Klemme zu ziehen. „Sie sind einer der Unfrigen?“ wandte er sich mit eintziger Daß gegen Martini, der sich leicht verneigte:

„Ich habe keinen Anspruch darauf, mich zu den Gelehrten zu rechnen —“

„Den haben Sie wohl!“ behauptete Prinz. „Alle Wetter, legen Sie, was ich Ihnen schon früher gesagt, Ihre falsche Zurückhaltung ab! Der Mensch gilt gerade das und nur das in der Welt, was er eben selbst aus sich macht!“

„Ich denke, Väterchen“, rebete Madame Prinz herein, „Ihr zankt Euch am Kaffeetisch weiter. Ich gehe, lassen Sie holen.“ Damit verschwand sie. Ihren Entschluß hatte sie schon

auf den internationalen Zusammenkünften durch die hervor-  
ragendsten Gelehrten und Praktiker mitzuwirken und ihr  
Bestes beizusteuern, um dem hohen Ziele der Gesundheitsförderung  
und Gefunderhaltung der Menschheit immer näher  
zu kommen. Namens des Organisationskomitees be-  
grüßte der Präsident des Kaiserlichen Gesundheitsamtes,  
Geheim. Rat v. u. m., den Kongress und wünschte  
ihm einen gleich würdigen Verlauf wie seinen Vorgängern.  
Laut Mitteilung des Generalsekretärs des Kongresses, Ober-  
staatsrat Nietner, sind 3800 Mitglieder angemeldet,  
darunter etwa 300 außerordentliche Teilnehmer, 217 inlän-  
dische und 200 ausländische Sanitätsbeamte. Namens der  
permanente Kommission hielt Professor Giffiler-Greif-  
wald einen ehrenvollen Nachruf für den verstorbenen Professor  
Brouardel-Paris. Weiter entbot der Herr Professor Wal-  
deger namens der Akademie der Wissenschaften, Professor  
Kastan namens der Friedrich-Wilhelm-Universität, Professor  
Graz für die Königlich Technische Hochschule, Professor  
Schmalz für die Kaiserliche Hochschule. Sodann sprach  
mit Zustimmung ihrer Regierungen Chantemesse-Paris,  
Rugeys-Belgien, Bagliani-Italien, Juratsch-Wien, v. Zoeth-  
Budapest, Yamamoto-Hijata-Tokio, Clapin-Petersburg,  
ferner Vertreter Spaniens, der Vereinigten Staaten, Chinas,  
Griechenlands u. a. m.

**Die Steiger und die Grubenproben.** Aus dem Ruhr-  
revier wird geschrieben: Der neugegründete Steigerverband  
im Ruhrrevier hat seinen ersten Geplänkel mit  
den Grubenproben gehabt. Die Zehnerverwaltungen fahren  
nämlich mit den Maßregelungen organisierter Steiger fort.  
Auch auf der Zeche „Zollern“ bei Dortmund wurden Steiger  
entlassen, wie angenommen wird, wegen ihrer Agitation für  
den Verband. Darauf hat die Leitung des Steiger-  
verbandes eine Eingabe an den Bergbau-  
lichen Verein gerichtet, in welchem dieser ersucht  
wird, auf die Zehnerverwaltungen einzuwirken, daß solche  
Maßregelungen verhindert werden. Ferner wird in der  
Eingabe betont, daß die Steiger es sich nicht länger gefallen  
lassen könnten, willens und wehrlose Werkzeuge  
in den Händen roher Vorgesetzten zu sein.  
Eine solche unwürdige Stellung sei mit ihrer Verantwortung  
für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter unverein-  
bar. Wenn die Grubenherren nicht in anständiger  
Weise ihren Forderungen Rechnung tragen würden, würden  
sie sich an alle Parteien wenden, von den Konter-  
partiden bis zu den Sozialdemokraten, und die  
Öffentlichkeit auf die Vorgänge aufmerksam machen.  
Darauf hat nun der Bergbauliche Verein geantwortet in einer Weise,  
die man erwarten konnte und die den Bergleuten nicht  
unbekannt ist. Zunächst wird gesagt, daß der Bergbauliche  
Verein garnicht das Recht und die Macht habe,  
auf die Zehnerverwaltungen einzuwirken.  
So ähnlich lauteten auch immer die Antworten an die Berg-  
leute. Und doch weiß alle Welt, daß den Zehner-  
verwaltungen die Verhaltensmaßregeln  
vom Bergbaulichen Verein diktiert werden!  
Dann heißt es weiter in der Antwort, daß der Bergbauliche  
Verein den Steigerverband nicht als geeig-  
nete Vertretung der Interessen der Steiger  
betrachten könne. Die berechtigten Interessen der  
Steiger würden schon durch den Verband der Vereine der  
nämlichen Grubenbeamten vertreten. Die Vereine der tech-  
nischen Grubenbeamten tunen nämlich nach der Pfeife der  
Grubenproben; in ihnen herrscht das Schamacherium und  
der Harnackismus, aber eine freie Meinung kann  
in ihnen nicht aufkommen. Eine solche Organisation lassen  
sich die Grubenherren schon gefallen, aber die  
Steiger wollen nicht mehr von ihr wissen. Übrigens ist  
auch der Bergbauverein schon hundert  
Mal gesagt worden, daß sie als Vertretungen der Berg-  
arbeiter nicht anerkannt werden können. Schließlich wird in  
der Antwort des Bergbaulichen Vereins noch gesagt, daß die  
ganze Art der Eingabe sowie die Aufzählung, sich event.  
auch an die Sozialdemokraten wenden zu wollen, den Berg-  
baulichen Verein veranlasse, zu erklären, daß Mitglieder  
des Steigerverbandes ungeeignet er-  
scheinen, Beamtenposten zu bekleiden. Da  
haben wir es: Maßregelungen verhindern kann der  
Bergbauliche Verein nicht, wohl aber kann er Maßrege-  
lungen empfehlen! Dann die Antwort des Berg-  
baulichen Vereins enthält in der Schlussfolgerung  
ganz unzweideutig die indirekte Auf-  
forderung an die Zehnerverwaltungen,  
die Mitglieder des Steigerverbandes zu  
maßregeln, auf's Bitterste zu werden! So liefert  
gerade die Antwort des Bergbaulichen Vereins wieder einen  
Beweis für die Notwendigkeit der Organisationsarbeit. Die  
Organisation ist notwendig, um die Steiger aus der  
unwürdigen Stellung des Schamacheriums heraus  
zu ziehen. Wären die Grubenherren nur etwas mehr  
regelmäßig, so würden die Grubenherren nur noch weniger.  
Die Bergbauorganisationen in der Provinz sind  
der Bergbauvereinverband ist mit dem höchsten  
Mitteln bekämpft worden und doch wurde er groß und stark  
dabei. Man kann ihn nicht mehr ignorieren,  
sondern muß mit ihm rechnen. Und so wird auch ganz

sicher die Zeit kommen, wo die Grubenproben mit der  
Steigerorganisation werde rechnen müssen. Man  
darf gespannt sein, was nun die in Kampffestung gebrachten  
Steiger den Grubenproben antworten werden.

**Schuleute und Streikposten.** Aus München wird  
berichtet: Ein Schuhmann wies einen Streikposten der  
Möbeltransportarbeiter in der Schwanthaler  
Straße von seinem Blase. Hinzukommende Kollegen wollten  
dem Schuhmann begreiflich machen, daß dieses nicht  
zulässig sei, worauf ein zweiter Schuhmann mit ge-  
zückter Klinge auf den Streikposten einrang  
und ihn verhaftete. Der Möbeltransportarbeiter  
Steindl regte sich durch diesen Vorfall derart auf, daß er  
plötzlich vom Schläge gerührt wurde und tot  
nieder sank. — Wenn man auch nachgerade an Polizei-  
brutalitäten im Deutschen Reich schon gewöhnt ist, so for-  
dert dieser vorliegende, geradezu haarsträubende Fall den  
schärfsten Protest heraus. Die Behörde wird sich dar-  
über äußern müssen, wie sie solche Mißbräuche unmöglich  
machen und in welcher Weise sie dem Betroffenen Genug-  
tunung gewähren wird.

**Vom Hafenarbeiterstreik in Antwerpen.** Das Gericht  
nahm in den Räumlichkeiten der Federation Maritime eine  
Hausung vor. Der Bürgermeister machte den Ar-  
beitern einen Vorschlag, der dahin geht, daß sie die Arbeit  
unverzüglich wieder aufnehmen und die fremden Arbeiter  
binnen acht Tagen entlassen werden sollten. Wierzehn Tage  
nach Wiederaufnahme der Arbeit soll eine Gehaltserhöhung  
eintreten. Die Arbeiter sollen den früheren Kontrakt unter-  
zeichnen.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Majestätsbeleidigung aus Not.** Wegen Beleidigung  
des deutschen Kaisers wurde der 35 Jahre alte Buchbinder  
Alexander Kueff aus Gebweiler von der Strafkammer  
Zweibrücken zu drei Monaten Gefängnis  
verurteilt. Kueff soll diese Beleidigung absichtlich auf  
dem Polizeibureau zu Birmafens begangen haben, um ein  
Obdach zu bekommen.

**Sündliche Sitteneinheit.** Wie es mit der vielgerühmten  
Sittlichkeit auf dem Lande bestellt ist, zeigte eine Verhandlung  
vor dem Schwurgericht Augsburg. Der 71 Jahre alte  
Austrieger Eusebius Baumgartner von Gundelsdorf  
hat mit der 40jährigen Ehefrau des Armenhäuslers Anton  
Kiechle in Eisingersdorf ein Verhältnis unterhalten,  
dies jedoch unter Eid in Abrede gestellt, als am 28. Januar  
der 51 Jahre alte Kiechle von dem Landgerichte Augsburg  
wegen Verhöhnung seiner Frau zu sieben Tagen Gefängnis  
verurteilt wurde. Baumgartner gab später zu, daß er damals  
falsch geschworen habe. Da er durch Angabe der Wahrheit  
sich selbst der Gefahr einer Strafverfolgung ausgesetzt haben  
würde, kam ihm der Strafmilderungsgrund aus § 157, 1  
R.-St.-G.-B. zu statten und erhielt er nur sechs Monate  
Gefängnis.

### Aus Nah und Fern.

**Selbstmörder Stabilitätsverhältnisse.** In der jüngst  
abgehaltenen Stadtkonferenz befazten sich die Stadt-  
väter mit den an der Stadtkasse begangenen Unterschlagun-  
gen. Oberbürgermeister Dr. Wachs gab eine ausführliche  
Darstellung der Verhältnisse. Es handelt sich um die  
Bureaubeamten Thiemann und Bink, sowie um die Steuer-  
kassenbeamten Loos und Koch. Thiemann hat die einge-  
nommenen Gelder für Jagdschneide, Kapfänger- und Ra-  
bajarten im Betrage von 1400 Mk. unterschlagen. In der  
Sitzung fragte Stadtv. Benthaus, ob es wahr sei,  
was die Späßen von den Wächern pfliffen,  
daß in den letzten Tagen wieder eine neue  
Unterschlagung entdeckt sei. Es handelte sich  
um die Veruntreuung von überhundert-  
goldern. Oberbürgermeister Dr. Wachs bezeichnete es  
als einen niederträchtigen Streich eines Beamten. Er wolle  
diesem Beamten zeigen, was Beamtenrechte sei. Es sei eine  
Gemeinheit, daß solche Dinge in die Öffentlichkeit gebracht  
würden. Dieser Fall könne nur in geheimer Sitzung ver-  
handelt werden. Das Kollegium beschloß, die Sache im ge-  
heimen zu verhandeln und vertagte sich hierauf.

**Vom polnischen Kriegsschauplatz.** In einer polnischen  
Dorfschule im Kreise Gnesen wurden, als Folge des pol-  
nischen Schulstreiks, eine Schülerin und ein Schüler  
an einem Stenogramm nicht entlassen. Das Mädchen er-  
schlug sich in der Wohnung seiner Eltern,  
der Knabe legte sich auf den Bahndamm der  
Gnesener Eisenbahn, um sich überfahren zu  
lassen, konnte aber noch rechtzeitig zurückgerufen werden.  
— Die preussische Regierung kann „ja“ sein auf die Folgen  
ihrer Germanisierungspolitik.

„Unter Geschlecht ist ja dazu da, sich im Kleinen nützlich  
zu machen, da wir's im Großen nicht können,“ erwiderte das  
Mädchen. „Nun, meine Herren!“ Sie bediente die Männer.  
„Schlagen Sie den Wert der Frauen nicht so  
gering an!“ erwiderte Marini das Wort. „Ihre  
Schwächen sind nur anderer Art, als die unsern, aber  
durchaus nicht unbedeutender.“  
„Ruhend!“ unterbrach Prinz. „Sieher Kollege, hat  
Ihre Gynäke keine Lust? Sie quälten sich ja entsetzlich  
damit.“  
„Ach, doch!“ wisperte Marini. Die Quetschungen,  
die er seiner jugendlichen betrauerte, rührten nur von seiner  
Verlegenheit her, keinen passenden Anknüpfungspunkt zu  
finden, um in das Gespräch einzugreifen. Er war einer  
von den unbehilflichen Geistes, die zwar viel  
in sich aufgenommen, aber wenig aus sich selbst ent-  
wickeln.  
In Marini regte sich plötzlich mit dem ersten Gelehrten,  
deshalb wendete er sich direkt an jenen:  
„Sind Sie nicht auch weicher Mensch, Herr Professor  
Marini?“  
„Sicherlich, versteht sich!“ schickte der kleine Herr  
etwas bei der blauen Brille höher schickend.  
Der Doktor nickte, um ihm näher zu kommen, seinen  
Stuhl ein wenig vorwärts und schlug ein Raie übers andere.  
Darauf brachte er seinen rechten Fuß in den Gerichtskreis  
des Professors, der gesprächlich eine Begegnung der Blicke  
machte.  
„Sicherlich!“ kam es vom Sofa, „hättest Du Dich  
nicht weh!“  
„Er rachte zu sehr,“ bemerkte Prinz.  
„Nun, nun,“ lachte die besorgte Gattin,  
„mein Herr Doktor in seine Gesprächskreise tritt, leidet er  
unendlich.“  
„Ich sehe nur — ich sehe nur —“ lachte Marini  
dann, „war die Augen auf einen Punkt unter dem Tisch ge-  
hen.“  
(Fortsetzung folgt.)

**Risiko der Arbeit.** Der „Eisinger Zeitung“ zufolge  
sind in den Schichau-Works am Sonnabend ein Formen-  
meister, ein Oberformler und ein Ingenieur infolge Schab-  
haftwerdens der Gussform durch flüssiges Metal  
schwer verletzt worden.

**Die Spionage im herrlichen Kriegsheer.** Es ist ja  
bekannt, welch umfangreiches Spionagesystem die Zivil- und  
Militärbehörden eingerichtet haben, um die politische Ge-  
staltung derer dauernd zu beschleunigen, die das sehr zweifel-  
hafte „Glück“ hatten, während ihrer Militärdienstzeit es zum  
Gefreiten und darüber hinaus zu bringen. Das Bezirks-  
kommando Gera gibt zunächst gedruckte Formulare zu  
Ausfüllen aus dem Strafregister an die Staats-  
anwaltschaft mit der Bitte um schleunige Rücksendung zu  
gefälligen Ausfertigung über die Vorstrafen der darauf  
verzeichneten Personen ab. Die Staatsanwaltschaft gibt  
das Schriftstück mit dem Bemerkten zurück, daß die fragliche  
Person ausweislich des Registers nicht verurteilt ist. Das  
scheint aber dem Bezirkskommando nicht zu genügen, denn  
es greift zu einer auf autographischem Wege herge-  
stellten Schreibvorlage und vervollständigte dieselbe wie  
folgt:

Bezirkskommando Gera, den . . .  
J.-Nr. . . .  
Unter Rückbitung dem Fürstl. Landratsamt Gera.  
Das Bezirkskommando ist angewiesen, jährlich  
mindestens eingehende Recherchen über sämtliche  
Unteroffiziere, Wizefeldwebel- und Wize-  
wachmeister Aspiranten in die Wege zu leiten.  
Es wird daher das Fürstliche Landratsamt sehr er-  
gebenst ersucht, umgehend Erhebungen über die moralische  
Führung und politische Gesinnung des in . . .  
wohnhaften Gefr. Arbeiter N. N. anstellen zu lassen und  
das Ergebnis hierunter mitteilen zu wollen.

**Thümmel.**  
Das Landratsamt ist diesem Ansinnen natürlich nachge-  
kommen und das auf der Rückseite des Schriftstücks ver-  
merkte Ergebnis der „Recherchen“ lautet wörtlich:  
Der umstehend genannte N. N. ist nachgemessener-  
maßen Anhänger der sozialdemokratischen  
Partei. Er besucht fleißig deren Versam-  
lungen, während er sich von Versammlungen der bürger-  
lichen Parteien fernhält.  
(Ort und Datum.) X. Gendarm.

Aus der „Beförderung“ des N. N. zum Unteroffizier  
wird also nichts. Wie sich der Mann darob wohl grämen  
wird! Über das Verwerfliche dieser behördlichen Gesinnungs-  
schnüffelerei wollen wir uns weiter nicht auslassen.

**Einem gräßlichen Mord aus Aberglauben begingen**  
die Mitglieder einer religiösen Sekte in dem nordameri-  
kanischen Städtchen Zion. Dort wurde die greise Mrs. Latitia  
Greenhough von ihrem Sohn und ihrer Tochter sowie drei  
anderen Angehörigen der Parhamiten-Sekte zu Tode gefol-  
tert, da der böse Geist aus dem Körper der gichtbrüchigen  
Frau ausgetrieben werden müsse. Die fünf Fanatiker knie-  
ten am Bett der Kranken nieder und begannen, nachdem sie  
gebetet hatten, die Glieder der Frau auseinanderzuzerren  
und zu verdrehen. Die Schmerzensrufe der Unglücklichen be-  
grüßten sie mit dem Triumphgeschrei, daß das die Angstrufe  
des bedrängten Teufels seien. Schließlich brachen sie der  
alten Frau den Hals und erklärten, nun habe der Dämon  
aufgehört, zu töhnen. Alle fünf wurden verhaftet und wegen  
Mordes unter Anklage gestellt. Charles M. Parham aus  
Galena in Kansas, der Begründer der Sekte der Parhamiten,  
weist jede Verantwortlichkeit für die Handlung seiner  
Anhänger zurück. Er erklärt, er glaube an keine andere  
Medizin oder Behandlung von Kranken als Gebete und  
Händeauflegen. Parham hält regelmäßige Versammlungen  
in den Städten von Kansas und Missouri ab. Mehrere  
Leichenbestatter in Chicago erklären, daß Mrs. Greenhough  
nicht das einzige Opfer sei, das von den Parhamiten bei  
ihren Versuchen, böse Geister auszutreiben, zu Tode gefoltert  
wurde. Die an dem Tode der Mrs. Greenhough Schuldigen  
erklären, sie wüßten nun, daß sie unrecht getan hätten,  
doch hätten böse Geister sie dazu gezwungen. Als sie den  
Mord verübten, hätten sie geglaubt, eine edle Tat zu be-  
gehen.

**Gräßliche Rache.** Man schreibt dem „Hamb. Corr.“  
aus Paris: Vor kurzer Zeit verließ die Frau eines Ge-  
müßhändlers Robert in Issy bei Paris das Heim ihres  
Gatten, der somit mit seinen beiden Söhnen Charles und  
Mierre im Alter von 9 und 7 Jahren allein blieb. Am  
Mittwoch abend erschien Robert auf dem Polizeikommissariat  
von Nanves und erzählte mit der ruhigsten Miene der Welt,  
er habe am Tage zuvor seine beiden Kinder ertränkt. Der  
Kommissar müsse ja wissen, welche Motive ihn dabei geleitet  
hätten. Der Kommissar erinnerte sich in der Tat, daß Ro-  
bert, den seine Frau wegen seiner Trunksucht und seiner  
Brutalität verlassen, gedroht hatte, sich an den Kindern zu  
rächen. Seine Wut war noch gestiegen, als die verlassene  
Frau, von dem Unhold mit einem Messer auf der  
Straße bedroht, im Juni dieses Jahres mehrere  
Revolverkugeln abgefeuert hatte, die Robert  
schwer verwundeten; die Frau war, weil sie in der Notwehr  
gehandelt hatte, vom Schwurgericht freigesprochen wor-  
den. Man mußte die ganze Nacht an dem von Robert als  
Zatort angegebenen Platz an den Befestigungsmerken, einem  
Zäunpel, nachforschen, ehe man die Leichen der unglücklichen  
Kinder zu Tage förderte. Der Unmensch las das Protokoll,  
das über den Befund aufgenommen wurde, mit gleichgültiger  
Miene durch und unterschrieb es mit fester Hand, ohne mit  
der Wimper zu zucken. Die von der furchtbaren Entdeckung  
in Kenntnis gesetzte Mutter der unschuldigen Opfer ist vor  
Verzweiflung dem Wahnsinn nahe.

**Reinhart Schmidt in Rorderney widmet Gottlieb im  
„Tag“ folgendes Angebinde:**  
B ü l o w:  
„Herr Schmidt, Herr Schmidt,  
Was bringt der Freisinn mit?  
Ich hoff, ein Kriegs- und Flottenspiet,  
Doch Wahlreform nicht allzuweit;  
Herr Schmidt, Herr Schmidt,  
Was bringt der Freisinn mit?“  
S c h m i d t:  
„Herr Fürst, Herr Fürst,  
Ob du dich wundern würdest?  
Der Raumann fordert zwar zu hoch,  
Doch ohne gar nicht freit ich noch.  
Wir möchten Dies, wir kriegen Das,  
Wasch mir den Pelz, mach mich nicht na.“  
B ü l o w:  
„Herr Schmidt, Herr Schmidt,  
Der Bloch geht aus dem Ritt!  
Du wilst zu viel, Kommerzienrat!  
Lied herzlich wohl, ein anderer naht.  
Herr Raempf, Herr Raempf,  
Nun geben Sie Ihren Senf!“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: F. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Erschienen in Lübeck.



